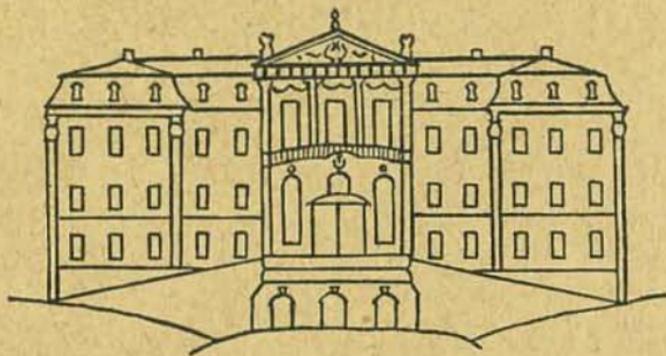


Hefte aus Burgscheidungen

---

Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne

Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und nationale Wirtschaft



117

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

---

Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne

Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und nationale Wirtschaft

**Druckfehlerberichtigung**

Auf Seite 16, 1. Absatz nach der Tabelle muß es statt „Die vorliegenden Zeilen...“ richtig heißen: **Die vorliegenden Zahlen...**

Auf Seite 22, 3. Absatz, letzte Zeile, muß es statt „geringen Ex- und Importvolumen...“ richtig heißen: **„geringeren Ex- und Importvolumen...“**.

1964

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

## Inhalt

	Seite
Einleitung .....	3
I. Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens und ihre Bedeutung für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft in der DDR .....	5
II. Die harmonische Einordnung der nationalen Volkswirtschaften in die Wirtschaftsgemeinschaft der sozialistischen Länder .....	11
III. Die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen „Integrations“prozesses .....	22

## Einleitung

Die Volkswirtschaft der DDR ist in vielfältiger Weise eng mit der Entwicklung der Weltwirtschaft und ihrer Arbeitsteilung verbunden. Die hohe Außenhandelsintensität unserer nationalen Wirtschaft und die damit gegebene Abhängigkeit ihres Entwicklungstempos von den einzelnen Formen und Methoden der ökonomischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten sowie den kapitalistischen Industrieländern und wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten sind ein anschaulicher Beweis dafür:

Von 1950 bis 1963 hat sich das Außenhandelsvolumen der DDR um 440 Prozent, von 3,7 Mrd. auf über 20 Mrd. Valuta-DM, erhöht. Damit wurden die Zuwachsraten des gesellschaftlichen Gesamtprodukts der DDR (200 Prozent), des Volkseinkommens (270 Prozent) und der industriellen Bruttoproduktion (340 Prozent) beträchtlich übertroffen. Die außerordentlich schnelle Entwicklung unseres Außenhandels wird durch seine qualitative Stellung im Reproduktionsprozeß der nationalen Volkswirtschaft der DDR zusätzlich charakterisiert. Etwa 25 Prozent des jährlich produzierten Neuwerts der Gesellschaft (Nettoprodukt) und rund 13 Prozent des jährlichen Bruttoprodukts werden über den Außenhandel realisiert und gebrauchswertmäßig umverteilt.

Diese Entwicklungstendenzen dürften – wenn auch nicht immer in den gleichen Größenordnungen – für die Perspektive erhalten bleiben. So wird sich nach dem Volkswirtschaftsplan für 1964 bei einer Steigerung der industriellen Bruttoproduktion um 5,7 Prozent und der Arbeitsproduktivität um 6,5 Prozent das Außenhandelsvolumen um 8,2 Prozent (davon Export 8,8 Prozent und Import 7,7 Prozent) erhöhen.<sup>1)</sup>

Diese enge Verflechtung zwischen der Wirtschaft der DDR, dem Außenhandel und der Weltwirtschaft stellt uns vor komplizierte ökonomische Aufgaben, wie z. B.: Profilierung der einzelnen Zweige entsprechend den Bedürfnissen der internationalen Spezialisierung, Koordinierung mit der internationalen sozialistischen Planung, Sicherung der Ent-

<sup>1)</sup> Vgl. Erlaß des Staatsrats der DDR über den Volkswirtschaftsplan 1964, in: Gbl. der DDR Teil I, Nr. 14/63, S. 147 und 156

wicklung der führenden Zweige und ihres wissenschaftlich-technischen Höchststandes, um unserer Rolle als hochentwickeltes Industrieland in den weltwirtschaftlichen Beziehungen vollauf gerecht zu werden, exakte Beurteilung der Entwicklungstendenzen auf den internationalen Warenmärkten und damit verbunden die Erhöhung der Reaktionsfähigkeit von Produktion und Außenhandel auf Veränderungen in der Marktsituation, termin- und sortimentsgerechte Erfüllung der vertraglich übernommenen Exportverpflichtungen und ihre Abstimmung mit der planmäßigen Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Produktions- und Konsumtionsmitteln aus eigenem Aufkommen.

Die Lösung dieser ökonomischen Aufgaben stellt zugleich einen Beitrag für die Durchsetzung der Prinzipien unserer **Außenpolitik** dar. Jeder Erfolg im Außenhandel und in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit hebt und festigt das internationale Ansehen unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. So ist die Außenhandelspolitik unmittelbar Bestandteil der Außenpolitik. Sie beruht auf den Grundsätzen der brüderlichen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, der freundschaftlichen Unterstützung der jungen Nationalstaaten und anderer schwach entwickelter Länder, die nach ökonomischer Unabhängigkeit streben, sowie der Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den kapitalistischen Industriestaaten auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils im Sinne der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Es ist deshalb verständlich, daß die gesamte Problematik der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen der DDR eine Reihe **geistiger Probleme** hervorruft, die im engsten Zusammenhang mit den Fragen des Verhältnisses zwischen Internationalismus, Patriotismus und Vaterland stehen. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, jene Auffassungen zu widerlegen, die in der hohen Außenhandelsabhängigkeit unserer Republik eine Einschränkung ihrer Souveränität sehen, die Struktur des Ex- und Imports der DDR als Gegensatz zu unserer Politik der Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten betrachten oder sogar den Export als Entzug von Mitteln auf dem Binnenmarkt auffassen. Zugleich ist es jedoch auch notwendig, einige zu globale oder vereinfachende Thesen über die Rolle internationaler Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu überwinden, die z. B. die Notwendigkeit einer hohen Exportquote nur aus den Importbedürfnissen des Binnenmarktes ableiten oder diese lediglich als ein Ergebnis der imperialistischen Spaltung Deutschlands betrachten.

## I. Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens und ihre Bedeutung für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft in der DDR

Die enge Verflechtung der Volkswirtschaft der DDR mit den weltwirtschaftlichen Prozessen beruht primär auf der als objektive ökonomische Tendenz wirkenden Internationalisierung des Wirtschaftslebens. Es handelt sich dabei um einen ökonomischen Prozeß, in dessen Verlauf die Vergesellschaftung der Produktivkräfte einen solchen Grad erreicht, daß deren Weiterentwicklung innerhalb der Schranken der nationalen Märkte unmöglich und deshalb ihre Förderung und Unterstützung durch ein Zusammenwirken mehrerer Länder notwendig wird.

Die Vergesellschaftung der Produktivkräfte tritt vor allem durch die weitgehende Mechanisierung der Produktionsprozesse und durch das Entstehen neuer Industriezweige auf der Grundlage der modernen Wissenschaften (Kernphysik, Chemie, Elektronik, Halbleitertechnik) in Erscheinung. Um die entstehenden Kosten für Investitionen und Unterhaltung der Anlagen in optimalen Grenzen zu halten, die erforderlichen Rohstoffquellen und Absatzmärkte für derartige Produktionsgebiete zu sichern und außerdem den wissenschaftlich-technischen Fortschritt für die gesamte Palette der Erzeugnisse durchzusetzen, ist z u n ä c h s t ein **Austausch** von Waren und auch wissenschaftlich-technischen Kenntnissen zwischen mehreren Staaten nötig, der jedoch nur dann voll wirksam sein kann, wenn er von einer internationalen ökonomischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der **Produktions**spezialisierung und -kooperation begleitet wird.

Mit anderen Worten: ein Land allein — das gilt in bestimmter Hinsicht auch für wirtschaftlich starke Staaten mit einem hoch entwickelten industriellen Produktionsniveau — kann aus ökonomischen und damit rationellen Gründen niemals alle Produktionszweige aus eigener Wirtschaftskraft auf den Höchststand entwickeln und gleichzeitig eine allseitige Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen erreichen.

Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens geht von der **internationalen Arbeitsteilung** aus, in deren Formen und Methoden die Internationalisierung auch wieder konkret an der Oberfläche in Erscheinung tritt. Die internationale Arbeitsteilung beruht als ökonomische Erscheinung auf der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit überhaupt, die ein grundlegendes Erfordernis jeglicher Warenproduktion und -zirkulation darstellt. Unter diesem Aspekt bildet sie die folgerichtige Weiterentwicklung der Arbeitsteilung innerhalb des

Betriebes und innerhalb der nationalen Wirtschaft: „Es besteht ... ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Arbeitsteilung überhaupt und der territorialen Arbeitsteilung.“<sup>2)</sup> Die objektive Ursache für eine internationale Arbeitsteilung erwächst historisch aus der Entwicklung der Produktivkräfte: „Die Beziehungen verschiedener Nationen untereinander hängen davon ab, wie weit jede von ihnen ihre Produktivkräfte, die Teilung der Arbeit und den inneren Verkehr entwickelt hat ... Jede neue Produktivkraft ... hat eine neue Ausbildung der Teilung der Arbeit zur Folge.“<sup>3)</sup>

Daraus ergibt sich, daß jede Weiterentwicklung der internationalen Arbeitsteilung von einer Reihe objektiver Voraussetzungen abhängig ist, die erst im Verlauf einer längeren historischen Periode **entstehen**. Unter diesem Aspekt ist auch die Internationalisierung des Wirtschaftslebens nicht schlechthin mit der internationalen Arbeitsteilung gleichzusetzen. Vielmehr handelt es sich bei der Internationalisierung des Wirtschaftslebens um eine höhere Stufe der internationalen Arbeitsteilung, die durch die Existenz arbeitsteilig organisierter **internationaler Wirtschaftskomplexe** charakterisiert wird und erst spezifisch in der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg in Erscheinung trat. „Die Bildung nationaler und internationaler Wirtschaftskomplexe ist ein objektiver ökonomischer Prozeß, vor allem der Produktivkräfte, die zu größeren Maßstäben, Konzentration und rationeller Verflechtung der Produktion drängen.“<sup>4)</sup>

Wenn die immer stärkere Konzentration und Spezialisierung der Produktion die ausschlaggebende Ursache für die Internationalisierung des Wirtschaftslebens darstellt, dann liegt dieser Entwicklung das Gesetz der Konzentration zugrunde, das allgemeine Entwicklungsgesetz jeglicher auf Maschinerie beruhender Wirtschaft. Sie bedingt zugleich eine Reihe **neuer Formen der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit**: Neben dem Außenhandel gehören dazu Kooperations- und Spezialisierungsvereinbarungen, Austausch wissenschaftlich-technischer Dokumentationen und Erkenntnisse, Erweiterung der Skala der Dienstleistungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Preise, Valutakurse und Finanzierungsmethoden. Abgesehen von der Frage, mit welcher Gewichtung diese Formen unter den Bedingungen der beiden Weltwirtschaftssysteme – Sozialismus und Kapitalismus – in Erscheinung treten, ist zunächst

<sup>2)</sup> Lenin, Werke, Band 3, S. 440

<sup>3)</sup> Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, S. 17

<sup>4)</sup> Kunz, Grundfragen der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, S. 48

entscheidend, daß die **technische Revolution** im internationalen Maßstab neben den traditionellen Methoden des Außenhandels die Organisation der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf neue Art und Weise erfordert.

Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens stellt somit einen Prozeß dar, der sich sowohl unter **sozialistischen als auch unter kapitalistischen Bedingungen** ökonomisch zwangsläufig vollziehen muß und gleichzeitig nicht nur innerhalb der beiden Weltwirtschaftssysteme, sondern auch **zwischen** ihnen zur Durchsetzung kommt. Dabei ist jedoch zu beachten, daß

1. die **Triebfedern** für den Internationalisierungsprozeß nicht allein im ökonomischen, sondern auch im sozialökonomischen und politischen Bereich liegen und somit

2. **Grad und Tempo** der Internationalisierung von den Produktionsverhältnissen abhängen, die dem jeweiligen Weltwirtschaftssystem zugrunde liegen und

3. in dem Verhältnis zwischen Internationalisierung und nationaler Volkswirtschaft zum Ausdruck kommen; denn je höher der **Grad der Übereinstimmung** zwischen dem Inhalt und den Methoden der **Wirtschaftszusammenarbeit** auf der einen Seite und der Struktur der einzelnen **Volkswirtschaften** auf der anderen Seite, um so stärker ist der Prozeß der Internationalisierung. Diese Feststellung ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Einschätzung der Wirksamkeit der Tätigkeit des RGW und der Entwicklung der EWG.

Über den Internationalisierungsprozeß im Sozialismus und Kapitalismus schreibt Chruschtschow:

„Lenin zeigte, daß die Tendenz zur Schaffung einer einheitlichen, nach einem gemeinsamen Plan vom Proletariat aller Nationen zu regelnden Weltwirtschaft als Ganzes, eine Tendenz, die bereits unter dem Kapitalismus ganz deutlich zutage getreten ist, unter dem Sozialismus unbedingt weiterentwickelt und ihrer Vollendung entgegengeführt werden muß. (Werke, Bd. 31, S. 135.) Die objektive Notwendigkeit der Einheit der Weltwirtschaft wird am klarsten von der Hauptproduktivkraft der Gesellschaft, von der Arbeiterklasse, zum Ausdruck gebracht, die im Laufe des Klassenkampfes zu einer machtvollen gesellschaftlichen Kraft wird.“<sup>5)</sup>

Unter diesen Bedingungen wandeln sich Aufgaben und Struktur des **Außenhandels** in zweifacher Richtung:

a) Der Außenhandel hat die für die Internationalisierung des Wirtschaftslebens typische Herausbildung von nationalen

<sup>5)</sup> N. S. Chruschtschow, Wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 9/62, S. 729

und internationalen Wirtschaftskomplexen zu unterstützen, indem er die Kooperation und Spezialisierung **realisiert** und in bestimmtem Umfang auch steuert und stimuliert. Damit erhält er immer mehr eine auf die **Bedürfnisse der Weltwirtschaft** ausgerichtete Funktion, die nicht mehr ausschließlich dazu dient, einige Folgen der wirtschaftspolitischen Autarkie dieses oder jenes Staates in dieser oder jener Form auszugleichen.

Das internationale Verhältnis zwischen Produktion und Außenhandel spiegelt diese Entwicklungsrichtung deutlich wider:

#### Entwicklung der Produktion und des Außenhandels aller Länder 1958–1963

	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Industrieproduktion	100	110	118	122	130	134 *)
Exportvolumen	100	107	118	124	131	141
darunter						
Exportvolumen der Fertigwaren	100	108	122	126	134	145

\*) nur III. Quartal

Quelle: UN, Monthly Bulletin of Statistics, März 1964, S. VII

Es ist klar erkennbar, daß gerade in den letzten Jahren auch im **internationalen Maßstab** der Außenhandel (hier als Export aller Länder, die der UN statistisch berichten, dargestellt) die Weltproduktion zu überflügeln beginnt, wobei im Index die Preisschwankungen (z. B. infolge Spekulation und Inflation auf dem kapitalistischen Weltmarkt) bereits berücksichtigt, d. h. herausgerechnet, wurden, um ein möglichst klares und von anderen Einflüssen bereinigtes Bild zu erhalten.

Unter diesem Aspekt muß auch die Feststellung von Chruschtschow gesehen werden, daß in der Zeit von 1955 bis 1960 die Produktion von **Maschinen und Ausrüstungen** in den Ländern, die dem RGW angehören, um 95 Prozent gestiegen ist. Zur gleichen Zeit sind die **gegenseitigen Lieferungen** zwischen den Ländern des RGW jedoch nur um 79 Prozent angewachsen. Auch das Entwicklungstempo des Verhältnisses zwischen Industrieproduktion und Außenhandel, wie es für die Jahre 1960 bis 1965 geplant ist, entspricht nicht dem erreichten Niveau der Entwicklung und den ökonomischen Anforderungen:

„Das Zurückbleiben der gegenseitigen Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen hinter dem allgemeinen Wachstumstempo ihrer Produktion widerspiegelt die ungenügende Entwicklung der Arbeitsteilung, der Spezialisierung und Koope-

ration der Produktion in der Organisation des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.“<sup>6)</sup>

b) Diese Rolle des Außenhandels im System der internationalen ökonomischen Beziehungen bedingt auch gleichzeitig eine Verlagerung des Gewichts der einzelnen Warengruppen und -sortimente am Ex- und Import:

#### Zusammensetzung des Weltexports nach Warengruppen in laufenden Preisen (Mio \$)

	1958	1959	1960	1961	1962	1962/ 1958 in %
Insgesamt	107 510	114 940	127 400	133 040	140 580	33
davon						
Nahrungsmittel	20 810	21 330	22 270	23 330	24 400	14
Rohstoffe	16 840	19 000	21 320	21 130	20 630	24
Brennstoffe	12 260	12 060	12 650	13 480	14 490	17
Chemische						
Erzeugnisse	5 900	6 620	7 450	7 910	8 460	42
Maschinen	22 770	24 360	27 740	30 120	33 140	43
andere						
Fertigerzeugnisse	27 450	30 080	34 520	35 460	37 730	40

Quelle: UN, Monthly Bulletin of Statistics, März 1964, S. VII

Diese Entwicklungstendenzen beweisen eindeutig, daß die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte im Zusammenhang mit der technischen Revolution im Weltmaßstab die warenmäßige Struktur des Welthandels grundsätzlich verändert hat. Auf längere Sicht gesehen, werden diese Strukturverschiebungen in folgendem sichtbar: Der Anteil der Roh- und Brennstoffe sowie der Nahrungs- und Genußmittel am kapitalistischen Gesamtimport ging von 56,6 Prozent (1938) auf 53,4 Prozent (1953) und 43,7 Prozent (1961) zurück. Hierbei spielen nicht nur Preisverschlechterungen eine bestimmte Rolle, sondern vor allem auch solche Faktoren wie (1) rationelle Verwertung der importierten und einheimischen Rohstoffe, (2) starke Entwicklung der Produktion synthetischer Materialien und (3) Steigerung der Produktivität in der eigenen Landwirtschaft.<sup>7)</sup>

Diese Entwicklungsrichtungen sind auch für den Außenhandel der sozialistischen Länder und besonders der DDR bedeutungsvoll; denn es wird deutlich, daß nicht nur die bisherigen, vielfach aus der historischen Lage bedingten Außenhandelsstrukturen den neuen Weltwirtschaftsverhältnissen an-

<sup>6)</sup> a. a. O., S. 736

<sup>7)</sup> Vgl. Kohlmeier, Neue Aufgaben für die Erforschung der kapitalistischen Wirtschaft, in Einheit 8/63, S. 6/8

gepaßt werden müssen, sondern daß auch die Entwicklung der für die DDR entscheidenden führenden Industriezweige (z. B. die Chemie) in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Veränderungen im Welthandel stehen muß.

Unter diesen Gesichtspunkten ergeben sich für die Diskussion um die Stellung unseres Außenhandels im Rahmen der Volkswirtschaft der DDR folgende Schlußfolgerungen:

● Die Steigerung unseres Exports und überhaupt die hohe Außenhandelsintensität der DDR sind nicht primär die Folge eines Mangels auf dem Binnenmarkt oder aus bloßer Notwendigkeit heraus geboren, für die Bedürfnisse des Binnenmarktes importieren zu müssen. Vielmehr geht es darum, den **Nutzeffekt** der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit zu realisieren. Die Importnotwendigkeit bedeutet also nichts anderes, als daß die Produktion solcher Waren ein enormes und unökonomisches Quantum gesellschaftlicher Arbeit erfordern würde, so daß sie im Austausch mit solchen Waren beschafft werden müssen, die wir unter sehr günstigen Bedingungen produzieren. „Die These vom Primat der Einfuhr befindet sich in gefährlicher Nähe des Autarkiegedankens. Hält man nämlich die Selbstversorgung, die Abkapselung für das höchste Ziel der autonomen nationalen wirtschaftlichen Einheit, woraus auch folgt, daß man nach Möglichkeit die Einfuhr ebenfalls vermeiden will . . . , dann kommt man zur Ursache der Anschauung vom Primat der Einfuhr. Der Gedanke der Autarkie ist dem Sozialismus prinzipiell fremd; es kann niemand Anhänger der Autarkie sein, der sich zur Solidarität und zur Interessengemeinschaft der Völker bekennt.“<sup>8)</sup>

● Deshalb müssen auch jene Auffassungen zurückgewiesen werden, die jeden Export als „Verlust“ für den Binnenmarkt bezeichnen, da „man die Waren auch im Inland gebrauchen könne“. Der Außenhandel der DDR ist auf der Grundlage seiner Stellung im Reproduktionsprozeß folgenden Erfordernissen untergeordnet: Er hat a) die Gebrauchswertstruktur des gesellschaftlichen Gesamtprodukts durch den internationalen Warenaustausch planmäßig zu verändern und b) zur stofflichen und wertmäßigen **Vergrößerung** des Gesamtprodukts beizutragen. „Natürlich ist auch der auswärtige Handel, durch die Vermehrung der Mannigfaltigkeit der Gebrauchswerte und der Masse der Waren, ein bedeutender Faktor im Prozeß der **Akkumulation**.“<sup>9)</sup> Daraus geht deutlich hervor, daß unser Außenhandel unabdingbare Voraussetzung für die Er-

<sup>8)</sup> Vajda, Grundfragen der Entwicklung des sozialistischen Außenhandels, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 8/63, S. 1059

<sup>9)</sup> Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. III, S. 515 (Hervorhebung vom Verf.)

höhung des nationalen Reichtums ist; denn wer nicht an der internationalen Arbeitsteilung und ökonomischen Zusammenarbeit teilnimmt und nicht den Außenhandel voll ausnutzt, wird selbst in Produktion und Wissenschaft hoffnungslos zurückbleiben.

● Zweifellos hat die imperialistische Spaltung Deutschlands die Intensität und Struktur des Außenhandels der DDR stark beeinflußt. Abgesehen von der Tatsache, daß auch schon vor dem zweiten Weltkrieg Deutschland eine hohe Außenhandelsabhängigkeit aufwies (das beweist u. a. die dritte Stelle am Welthandelsumsatz hinter Großbritannien und den USA), mußten die durch die Spaltung verschärften Disproportionen, besonders zwischen Fertigwarenindustrie und Rohstoffbedarf, zu einem bedeutenden Teil über den Außenhandel abgefangen und damit gemildert werden. Diese Ursache unserer Außenhandelsintensität tritt auf der anderen Seite an Gewicht in dem Maße zurück, wie wir diese Disproportionen durch die sozialistische Rekonstruktion unserer Volkswirtschaft selbst überwinden. Auf der anderen Seite werden die Entwicklungsrichtungen unseres Außenhandels immer stärker und dann fast ausschließlich von den Bedürfnissen der Ausnutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung bestimmt. Aber in beiden Fällen geht es immer wieder darum, durch Festigung der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit die nationale Volkswirtschaft der DDR zu stärken, d. h. die für die DDR ökonomisch sinnvollste Einordnung in die Weltwirtschaft zu vollziehen:

*„Das Kernproblem des Siebenjahrplans ist die Gestaltung der nationalen Wirtschaft der DDR. Sie ist die planmäßig, klug und zweckmäßig ausgebaute Wirtschaft eines modernen, hochentwickelten sozialistischen Industriestaates, der seinen festen Platz im Weltwirtschaftssystem des Sozialismus hat.“<sup>10)</sup>*

## II. Die harmonische Einordnung der nationalen Volkswirtschaften in die Wirtschaftsgemeinschaft der sozialistischen Länder

Die objektive Tendenz zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens beruht zwar auf dem allgemeinen Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte, vollzieht sich jedoch in den beiden Weltwirtschaftssystemen infolge der unterschiedlichen politischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen in unterschiedlichem Tempo, Ausmaß und Grad. Das zeigt sich vor allem darin, inwieweit eine echte Übereinstimmung

<sup>10)</sup> Ulbricht, Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 49

zwischen den Grundlagen und den Zielen der Internationalisierung und der einzelnen nationalen Volkswirtschaften hergestellt werden kann.

Das sozialistische Weltwirtschaftssystem ermöglicht prinzipiell und in breitem Umfange eine harmonische Übereinstimmung von Weltwirtschaft und nationaler Wirtschaft. Das beruht auf dem neuen Typus internationaler ökonomischer Beziehungen, der auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln basiert. Die gleichartige ökonomische Basis und staatliche Ordnung, der proletarische Internationalismus, die gemeinsamen Interessen und das gemeinsame große Ziel bilden die objektive Grundlage für die allseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder.

Im einzelnen äußert sich diese Übereinstimmung in folgenden Prinzipien der ökonomischen Zusammenarbeit: a) Durchsetzung der Gleichberechtigung, b) strenge Wahrung der Souveränität, c) kameradschaftliche gegenseitige Hilfe und d) Beachtung des gegenseitigen Vorteils.

Auf der anderen Seite stellt jedoch die sozialistische Internationalisierung des Wirtschaftslebens ein unbedingtes **Erfordernis** für die Weiterentwicklung der politischen und sozialen Grundlagen des sozialistischen Weltsystems selbst dar. Bereits Lenin wies darauf hin, „daß der wirtschaftliche Vorteil ebenso wie der Instinkt und das Bewußtsein des Internationalismus und des Demokratismus die rascheste Annäherung und Verschmelzung aller Nationen in der sozialistischen Gesellschaft erfordern“<sup>11)</sup>. Deshalb heißt es auch in dem Kommuniqué über die Beratung der Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Regierungschefs der RGW-Länder vom Juni 1963, daß die objektiven Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte der Länder des Sozialismus, die Gemeinsamkeit der Lebensinteressen der Völker dieser Länder eine beständig wachsende Annäherung der einzelnen nationalen Volkswirtschaften bedingen. Nicht zuletzt ergibt sich die Notwendigkeit einer noch aktiveren Zusammenarbeit der sozialistischen Länder aus dem gemeinsamen Interesse am maximalen Zeitgewinn für den Sieg im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus:

„Man muß berücksichtigen, daß die Imperialisten unsere Herausforderung, in der Entwicklung der Wirtschaft zu wetteifern, ernst genommen haben. Die imperialistischen Staaten sind bestrebt, ihre Kräfte zu vereinigen, um den siegreichen Vormarsch des Sozialismus aufzuhalten.“<sup>12)</sup>

In diesem Zusammenhang ist entscheidend, daß die Übereinstimmung zwischen der Entwicklung der sozialistischen Weltwirtschaft und den nationalen Volkswirtschaften der sozialistischen Länder durch eine Reihe **ökonomischer Bedingungen** effektiv **gesichert** wird. Das erklärt auch, daß der Prozeß der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit im Sozialismus nur in dem Maße voranschreiten kann, wie diese Bedingungen zu erfüllen sind, d. h. also, inwieweit die inneren wirtschaftlichen Voraussetzungen und Belange der sozialistischen Länder dies zulassen. Eine solche Methode führt dazu, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß der sozialistischen Länder auf einer weit **solideren Basis** vor sich geht als ähnliche Bestrebungen kapitalistischer Länder.

Kam es in der ersten Etappe der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder darauf an, den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe funktionsfähig zu machen, den sozialistischen Weltmarkt aufzubauen und Handelsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil durchzuführen, so ist die gegenwärtige Periode von der vollen Entfaltung der internationalen Kooperation und Spezialisierung sowie der Koordinierung der nationalen Volkswirtschaftspläne gekennzeichnet. Das Ziel der kommenden Entwicklung muß die Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Weltwirtschaft als **eines einheitlichen Wirtschaftsorganismus** sein, wobei die Waren der einen sozialistischen Länder unmittelbar auf den Markt der anderen gelangen werden, d. h. daß allmählich die noch bestehenden wirtschaftlichen Schranken zwischen sozialistischen Ländern überwunden und abgebaut werden.

Die objektiven Bedingungen für eine harmonische Übereinstimmung zwischen sozialistischer Weltwirtschaft und nationalen Volkswirtschaften sind im einzelnen:

1. Die internationale sozialistische Arbeitsteilung beruht ständig auf der Achtung und Festigung der **Souveränität** der beteiligten Staaten.

2. Es besteht eine Einheit zwischen der internationalen Spezialisierung und der Entwicklung nationaler Wirtschaftskomplexe, indem eine **Mehrzweigstruktur** der nationalen Wirtschaften besteht, die die Industrie und die Landwirtschaft, die extraktiven und die verarbeitenden Zweige, die Produktion von Produktionsmitteln und die von Konsumtionsmitteln zu einem optimalen Komplex verbindet.

3. Bei der Ermittlung des ökonomischen Nutzeffekts der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung sind die **Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte, der Ausgleich der Zahlungsbilanz**, die Bedeutung der jeweiligen Produktion für die **Stei-**

<sup>11)</sup> Lenin, Werke Bd. 23, S. 62

<sup>12)</sup> Chruschtschow, Wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, a. a. O., S. 731

gerung der **Akkumulationskraft** der betreffenden Wirtschaft, die Sicherung der **Angleichung** an das ökonomische Entwicklungsniveau aller anderen sozialistischen Länder sowie die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft zu berücksichtigen.

4. Der Warenaustausch zur Realisierung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung beruht auf dem Prinzip der **Äquivalenz**, d. h. a) eine ausbalancierte Entwicklung der Volkswirtschaft eines jeden Landes nach außen und nach innen und b) gegenseitiger Austausch der Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit bei der Vergütung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes.

Die Erfüllung dieser grundsätzlichen Bedingungen wird im sozialistischen Weltwirtschaftssystem auf folgenden Wegen durchgesetzt:

- Vereinbarungen über die Perspektivplanung,
- Vereinbarungen über die Hauptinvestitionen,
- Warenaustausch,
- wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

In der Vergangenheit konzentrierten sich die Bemühungen der sozialistischen Länder zur internationalen Verflechtung ihrer Volkswirtschaften im Rahmen des RGW in erster Linie auf die Angleichung im ökonomischen Entwicklungstempo und -niveau sowie auf die Durchsetzung der internationalen Spezialisierung auf der Grundlage langfristiger Kooperationsvereinbarungen.

Die **Überwindung der Unterschiede im Entwicklungsniveau** der sozialistischen Länder stellt einen der wesentlichsten Faktoren zur **Beschleunigung** der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung des sozialistischen Weltsystems dar. Sie verbindet sich mit der vollständigeren Ausnutzung der Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung und der Herstellung optimaler Proportionen zwischen den Ländern des sozialistischen Weltsystems. Die Angleichung im Entwicklungstempo und -niveau der sozialistischen Länder ist eine der wesentlichen Grundlagen, um von der ökonomischen Seite her **die Interessen aller beteiligten Länder** zu wahren und ihnen zu gleichen Bedingungen und Startpositionen im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus zu verhelfen.

Diese Zielstellung – die Angleichung in der ökonomischen Entwicklung und die Überwindung der historisch entstandenen Unterschiede – beseitigt auch jeden Zweifel darüber, daß es sich hierbei etwa um eine Nivellierung nach den Partnern hin handele, die im Augenblick noch am stärksten zurückgeblieben sind. Im Unterschied zum spontanen Nivellie-

rungsprozeß im Kapitalismus, der nur die entwickelten Industriestaaten erfaßt, dagegen den Differenzierungsprozeß gegenüber den ökonomisch schwach entwickelten Staaten fördert, handelt es sich bei der allmählichen Überwindung der historisch bedingten Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der sozialistischen Länder um eine international wirkende Gesetzmäßigkeit des Sozialismus, die durch die **Industrialisierung der Länder mit einem relativ niedrigen Niveau auf der Grundlage der maximalen Ausnutzung** der inneren Möglichkeiten sowie der Vorzüge des sozialistischen Weltsystems gefördert wird und ihren Maßstab an dem Grad der Erfolge im ökonomischen Wettbewerb mit den führenden kapitalistischen Industrieländern besitzt.

Die entscheidenden Kennziffern dieses Prozesses sind: Umfang des Nationaleinkommens und der Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung, Effektivität der landwirtschaftlichen Produktion, Stand der Arbeitsproduktivität und wichtige Kennziffern des Lebensstandards der Bevölkerung. – Über den gegenwärtigen Stand des Angleichungsprozesses geben folgende Zahlenangaben Auskunft:

**Wachstum des Volkseinkommens und der Arbeitsproduktivität der Industriearbeiter (in Prozent zu 1950)**

	Volkseinkommen		Arbeitsproduktivität		
	1958	1962	1958	1961	1962
					(Zuwachs)
Albanien	111	200	.	.	.
Bulgarien	117	190 <sup>1)</sup>	162	191	7,6
Ungarn	59	109	133	168	5,7
DR Vietnam	9 <sup>2)</sup>	37 <sup>2)</sup>	366 <sup>5)</sup>	547 <sup>5)</sup>	13,2
DDR	114	162	188	239	8,4
VR China	248 <sup>3)</sup>	323 <sup>4)</sup>	.	.	.
Koreanische VDR	184 <sup>3)</sup>	333 <sup>3)</sup>	201 <sup>6)</sup>	231 <sup>6)</sup>	4,0
Polen	92	130	192	247	4,1
Rumänien	114	216	185	233	6,6
UdSSR	129	203	175	207	6,0
ČSSR	80	122 <sup>1)</sup>	183	223	.
Jugoslawien	61	140	.	.	.
Mongolische VR	.	.	164 <sup>7)</sup>	181 <sup>7)</sup>	4,2

1) 1961

2) Basis 1957

3) Basis 1949

4) nur 1959 auf Basis 1949

5) Basis 1959

6) Basis 1949

7) Basis 1952

**Jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion  
der sozialistischen Länder**

	1958	1959	1960	1961	1962
Sozialistische Länder insgesamt (Basis 1937 = 100)	17,1	17,0	11,6	9,0	8,5
Albanien	19,0	20,0	11,0	7,2	6,4
Bulgarien	13,0	24,0	11,0	9,9	11,1
Ungarn	11,0	10,0	11,3	12,0	9,0
DR Vietnam	17,0	31,0	19,5	10,5	23,2
DDR	11,0	12,0	8,0	6,5	6,1
VR China	66,2	39,3	29,2	.	.
VDR Korea	38,0	52,0	15,0	14,0	20,0
Mongolische VR	19,6	7,3	27,6	24,3	14,2
Polen	10,0	9,0	11,0	10,0	8,4
Rumänien	10,0	10,0	16,0	15,6	14,7
UdSSR	10,0	11,0	10,0	9,0	9,5
ČSSR	11,0	11,0	12,0	8,9	6,2
Jugoslawien	11,0	13,0	15,0	7,0	7,0

**Quelle:** Probleme des Friedens und des Sozialismus 8/63, S. IV, V, XV.

Die vorliegenden Zeilen weisen folgende Entwicklungstendenzen aus:

1. Der Angleichungsprozeß der sozialistischen Länder innerhalb des **RGW** hat zweifellos in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, ohne daß er bereits abgeschlossen ist. Größere Unterschiede bestehen zu den asiatischen Volksdemokratien.

2. Die unterschiedlichen **Zuwachsraten** der Industrieproduktion der sozialistischen Länder stehen dem Angleichungsprozeß im ökonomischen Entwicklungstempo und -niveau nicht entgegen. Vielmehr handelt es sich darum, durch eine Differenzierung entsprechend den ökonomischen Bedingungen ein annähernd übereinstimmendes Niveau zu erreichen. Dabei spielt zweifellos die Frage eine Rolle, ob es sich um Länder mit Industriestruktur oder um Länder handelt, die sich vom Agrar- zum Industrie-Agrarstaat entwickeln.

3. In den Zahlenreihen kommen jedoch auch die Tendenzen zur **Überwindung von Disproportionen** und zur **Umprofilierung** der Struktur der Volkswirtschaften entsprechend den Kooperationsbeziehungen zum Ausdruck. So ist in Ungarn die Verringerung der Produktionszunahme mit der Vorbereitung und Durchführung von Strukturveränderungen in der Indu-

strie in Verbindung mit der Umorientierung auf die führenden Zweige der Chemie und des Gerätebaus verbunden. In der DDR erklärt sich das Absinken des Wachstumstempos durch ein ungenügendes Steigen des Akkumulationsfonds in der Periode von 1958 bis 1961. In Polen hängt die Verzögerung in der Entwicklung mit Schwierigkeiten in der Landwirtschaft und im Außenhandel mit den kapitalistischen Ländern zusammen. In der ČSSR wirken sich die negativen Folgen des Strebens nach einem zu breiten Sortiment der Industrieproduktion sowie des Widerspruchs zwischen Produktion, Bedürfnissen und Verbrauch aus. In Bulgarien dagegen hemmt die angespannte Rohstofflage die hohe Zuwachsrate der Industrie, vor allem des Maschinenbaus.

Daraus ergeben sich zugleich jene **Aufgaben**, die der Überwindung dieser Disproportionen dienen, wie z. B. schnelle Entwicklung der **Rohstoffbasis** der sozialistischen Länder, beschleunigter Aufbau der **führenden Zweige** und Erhöhung der nationalen **Akkumulationskraft**.

Die Angleichung im Entwicklungstempo und -niveau der sozialistischen Länder ist auf das engste mit der **Durchsetzung der internationalen Spezialisierung auf der Grundlage langfristiger Kooperationsvereinbarungen** verbunden. Kooperation und Spezialisierung der sozialistischen Länder gehen davon aus, die Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung voll zu entfalten und gleichzeitig jede einseitige Entwicklung der nationalen Volkswirtschaften zu verhindern. Die internationale Spezialisierung und die damit verbundene Bildung internationaler Wirtschaftskomplexe werden von folgenden Faktoren bestimmt:

- Unterschiedliche **natürliche Gegebenheiten** (Rohstoffvorkommen, klimatische Bedingungen); davon hängen die extraktiven Zweige der Industrie, die ersten Weiterverarbeitungsstufen der Industrie (z. B. Metallurgie) und die Landwirtschaft ab.
- **Optimale Produktionsgrößen**, die eine Produktion volkswirtschaftlich rentabel werden lassen; dieser Faktor wirkt vor allem in der gesamten metallverarbeitenden Industrie und in der Chemie.
- Die natürlichen Bedingungen und die Übernahme internationaler Produktionsverpflichtungen bestimmen also immer mehr das Produktionsprofil der einzelnen sozialistischen Länder und damit ihre Einordnung in den gemeinsamen internationalen Wirtschaftskomplex. Um diese spezialisierte Produktion gruppieren sich die **anderen not-**

**wendigen Produktionsarten**, die das gesamte Wirtschaftsprofil eines Landes bestimmen.<sup>14)</sup>

Deshalb muß jedes sozialistische Land sowohl Zweige mit Rohstoffproduktion als auch Zweige der ersten und zweiten Verarbeitungsstufe, Zweige der Produktionsmittel- und der Konsumtionsmittelherstellung besitzen. Das findet seinen Ausdruck in der „**Mehrzweigstruktur**“ der sozialistischen Länder, die der **Monostruktur** einzelner kapitalistischer Länder klar entgegengesetzt ist. Jede sozialistische Volkswirtschaft besitzt deshalb in der Regel eine eigene Energiewirtschaft, ein eigenes Bauwesen, verschiedene Teile der Metallurgie, verschiedene Teile des modernen Maschinenbaus und der chemischen Industrie, eine vielseitige Leichtindustrie, eine eigene Nahrungsmittelindustrie, eine intensive Land- und Forstwirtschaft, eine Papier- und polygraphische Industrie sowie ein entwickeltes Verkehrswesen. Dieses **Zusammenspiel von internationaler Spezialisierung und eigenem nationalem Wirtschaftsprofil** gilt grundsätzlich für alle sozialistischen Länder, hat also nicht nur Bedeutung für die kleineren Länder. Dazu bemerkte Chruschtschow:

„Die internationale Spezialisierung ist nicht nur für die kleineren Länder von Vorteil, sondern auch für solch große Staaten wie die Sowjetunion. Es ist klar, daß ein solches Land wie die UdSSR . . . die Möglichkeit hat, Großbetriebe von größtem Ausmaß zu bauen, die einzig und allein der Befriedigung der inneren Bedürfnisse dienen. Und trotzdem ist es auch für uns vorteilhaft, an der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung teilzunehmen. Die Sowjetunion ist bereit, sogar die Einschränkung der Produktion einiger Produktionsarten der verarbeitenden Industrie vorzunehmen, wenn es sich herausstellt, daß es zweckmäßiger ist, diese Produktion in anderen Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vorzunehmen.“<sup>15)</sup>

Die bisherigen Ergebnisse der Spezialisierung und Kooperation der Produktion zeigen sich in der raschen **Entwicklung des Handelsumsatzes** auf dem sozialistischen Weltmarkt. Zwischen 1950 und 1962 erhöhte sich der Außenhandelsumsatz innerhalb des sozialistischen Lagers auf das 3,5fache, wobei etwa 70 Prozent des Außenhandelsumsatzes der sozialistischen Staaten auf den Handel untereinander entfallen. Geht man von der Entwicklung der letzten zehn Jahre aus, dann hat sich jedoch die Industrieproduktion schneller, nämlich auf das 3,6fache entwickelt, was nicht nur der internationalen Tendenz

<sup>14)</sup> Kunz, Grundfragen der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, S. 60

<sup>15)</sup> Chruschtschow, Wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, a. a. O.

zuwiderläuft, sondern auch die noch nicht vollständige Ausnutzung aller Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung zum Ausdruck bringt. In den letzten Jahren ist jedoch ein bestimmter Umschwung eingetreten. Zwischen 1956 und 1958 erhöhte sich der Außenhandelsumsatz innerhalb des RGW um 8,5 Prozent jährlich, zwischen 1959 und 1961 bereits um 14,2 Prozent. Deshalb ist es auch verständlich, daß die Zuwachsrate des Außenhandelsumsatzes ab 1958 die der Industrieproduktion überflügelt hat. Allein zwischen 1958 und 1960 wuchs der Außenhandelsumsatz im Bereich des RGW um 33 Prozent bei einer Steigerung der Industrieproduktion um 22 Prozent.

Neben der Entwicklung des Handels war die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der **Wissenschaft und Technik** eine der wichtigsten Formen der ökonomischen Zusammenarbeit. In den Jahren 1960 bis 1962 übergaben die Länder des RGW einander über 38 000 komplette wissenschaftlich-technische Dokumentationen. — In der Zusammenarbeit erlangte in den letzten zwei bis drei Jahren die **direkte Kooperation in der Produktion** eine immer größere Bedeutung. Solche Beziehungen der Kooperation in der Produktion sind z. B. zwischen der ČSSR und Polen (Traktorenbau), zwischen der Sowjetunion und Ungarn (Bauxitförderung und Aluminiumproduktion), zwischen Ungarn und Polen (Verwendung der Abfälle der metallurgischen Produktion), zwischen Polen und der DDR (Entwicklung der Kohle-Industrie) hergestellt worden. Allgemein bekannt sind der gemeinsame Bau des Zellulosekombinats im Donaudelta, das Energieförderungssystem der RGW-Länder sowie die Erdölfertleitung „Freundschaft“.

Die neue Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems stellt die Aufgabe, eine Reihe neuer Formen der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit zu erproben und auch durchzusetzen:

„Das sozialistische Weltsystem hat einen solchen Punkt erreicht, da es schon nicht mehr möglich ist, die Perspektiven seiner Entwicklung auf der Grundlage einfacher mechanischer Summierung der nationalen Wirtschaften richtig festzulegen . . . Es ist bekannt, daß seit dem Zeitpunkt, da der Sozialismus über den Rahmen eines Landes hinausgegangen ist, die ökonomischen Gesetze einen weitaus größeren Raum bekommen haben, wobei ihre Wirkung komplizierter wird.“<sup>16)</sup>

Die gegenwärtige Periode der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit muß also in wachsendem Maße von der **Internationalisierung der bewußten Anwendung und Ausnutzung der ökonomischen Gesetze** bestimmt werden. Das gilt für das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der

<sup>16)</sup> a. a. O., S. 731

Volkswirtschaft genauso wie für das Wertgesetz. In diesem Zusammenhang sollen aus der Fülle der Probleme folgende drei interessante Fragen herausgegriffen werden:

1. Die Länder des RGW stehen gegenwärtig vor der Aufgabe, ein **internationales Planungsorgan** zu schaffen, das den kollektiven Entwicklungsplan des einheitlichen Wirtschaftsorganismus der Länder des RGW erarbeitet, die wirtschaftliche Entwicklung koordiniert und eine richtige Perspektivplanung sowohl für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit als auch für die gemeinsame Investitionstätigkeit organisiert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß internationale und nationale Proportionen nicht in gleicher Weise geschaffen und aufrechterhalten werden können und daß nur unter der Bedingung der Existenz eines internationalen sozialistischen Eigentums die Proportionen in der Weltwirtschaft genauso hergestellt und beeinflußt werden könnten wie auf den nationalen Binnenmärkten. Solange in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft der Aufbau des Sozialismus noch nicht vollendet ist und die Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau noch nicht beseitigt sind, hat die internationale sozialistische Planung die **Form einer Koordinierung der einzelnen nationalen Volkswirtschaftspläne**. Es handelt sich dabei um die erste Stufe der internationalen Planung, wobei die nächsthöhere Stufe offensichtlich die Ausarbeitung eines einheitlichen Weltwirtschaftsplans des Sozialismus sein muß.

Die Unterschiede zwischen diesen beiden Stufen bestehen darin, daß ein einheitlicher Plan alle Zweige und alle Seiten der erweiterten Reproduktion umfaßt und Maßnahmen zur Organisierung und Stimulierung der Arbeit, Maßnahmen im Bereich der Finanzen und der Preise enthält, während die Koordinierung der nationalen Pläne in der Regel nur die Zweige betrifft, die in den **internationalen Wirtschaftsbeziehungen** eine Rolle spielen. Mit anderen Worten: Bei der Koordinierung der Pläne sind nicht die gesamte Volkswirtschaft, nicht der gesamte Reproduktionsprozeß, sondern hauptsächlich die ökonomischen Beziehungen der **Länder untereinander** Gegenstand der Planung. Deshalb werden auch bei der Koordinierung nur einzelne Mengenbilanzen aufgestellt, aus denen sich Empfehlungen ergeben. Dabei werden Daten aus den nationalen Bilanzen verwandt. Der nationalen Planung bleibt die Festlegung der Gesamtheit der ökonomischen und technischen Entwicklung aller Zweige vorbehalten. Die Koordinierung der Pläne zwischen den souveränen Staaten des Sozialismus ist eine große Errungenschaft, obwohl die Zeit kommen kann, da dieser Entwicklungsprozeß nicht mehr mit der Internationalisierung der sozialistischen Produktivkräfte Schritt hält.

2. In diesem Zusammenhang gewinnt das Problem der **Umverteilung der nationalen Akkumulationsmittel** im internationalen sozialistischen Maßstab eine zunehmende Bedeutung. Das resultiert aus dem maximalen Tempo der **Erhöhung** der Akkumulationskraft eines jeden sozialistischen Landes und der gleichzeitigen internationalen Abstimmung mit den unterschiedlichen **Bedürfnissen** nach Akkumulationsmitteln. Der sich daraus ergebende Widerspruch zwischen **Aufkommen und Bedarf an Akkumulationsmitteln** kann nur durch eine Umverteilung gelöst werden. Form dieser Umverteilung ist zunächst der **langfristige Kredit**, dessen Wirksamkeit offensichtlich durch die Gründung der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit zunehmen wird. Weitere Formen sind die **gemeinsame Errichtung von Betrieben** durch mehrere sozialistische Länder und die damit verbundene Entstehung eines **gemeinsamen sozialistischen internationalen Eigentums**. Dabei treten natürlich eine Reihe von Detailfragen auf, die sich auf die Form der Einordnung in die jeweilige nationale Planung des Standortlandes sowie auf die Aufteilung und Verwendung des Gewinns zwischen den sozialistischen Partnern beziehen. Weitere Probleme ergeben sich aus dem unterschiedlichen Grad der Kompliziertheit der in der Grundstoff- und der Verarbeitungsindustrie aufgewandten Arbeit sowie aus der damit verbundenen Problematik der Bewertung der Leistungen der Arbeiterklasse des Standortlandes.

3. Internationale Planung und Umverteilung der Akkumulationsmittel weisen auf das Problem der **Internationalisierung der Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung hin**: Genauso wie auf dem Binnenmarkt die Volkswirtschaftsplanung nicht jeden Prozeß von vornherein bis ins Detail bestimmen, regulieren und lenken kann, so ist auch im internationalen Maßstab – vielleicht sogar mit einer viel größeren Berechtigung – der Einsatz solcher ökonomischer Hebel notwendig, die auf der Grundlage der Planung den einzelnen Wirtschaftsprozeß in den vorgesehenen Proportionen zu steuern vermögen. Daraus erklärt sich auch, daß der Außenhandel der sozialistischen Staaten nicht einfach der Realisierung der Spezialisierung dient, sondern eine eigenständige ökonomische Wirkung (Stimulans) entfalten muß. Für die Zukunft geht es hierbei vor allem um die Frage eines **genügenden nationalen Anreizes für die ökonomische Zusammenarbeit**. Dieser ökonomische Anreiz wird in der Regel in der Außenhandelsrentabilität seinen finanziellen Ausdruck finden. Um aber die Außenhandelsrentabilität als ökonomischen Stimulus zu qualifizieren, bedarf es nicht nur der Industriepreisreformen, um den nationalen Wert annähernd exakt auszuweisen,

sondern auch eines entsprechenden Preisgefälles zwischen der Preisbasis des sozialistischen Weltmarkts und dem Preisniveau der einzelnen Länder. Unter diesem Aspekt ist es durchaus fraglich, ob es vollständig genügt, diese Preisbasis nur aus dem Niveau der internationalen Warenmärkte abzuleiten. Zweifellos muß eine solche Preisbasis auch die Möglichkeit in sich bergen, durch genügend Differenzierungen entsprechend der Eigenart des sozialistischen Weltmarkts einen Anreiz für die Produktion und Zirkulation wichtiger Güter zu schaffen.

In diesem Zusammenhang versteht es sich von selbst, daß zum vollen Wirksamwerden eines internationalen ökonomischen Anreizes solche Valutakurse der sozialistischen Währungen untereinander existieren müssen, die nicht nur technisch die Umrechnung der nationalen in internationale Preise erleichtern, sondern die auch den ökonomischen Realitäten der Gegenwart weitestgehend entsprechen.

Die Einführung eines Systems mehrseitiger Verrechnungen (multilaterales Clearing) der RGW-Länder muß in diesem Zusammenhang als ein bedeutender Schritt in der hier angedeuteten Richtung bewertet werden, zumal neben der Erhöhung der Disponibilität der Valutafonds der entscheidende Mangel des bilateralen Clearings beseitigt wird, sich um des Zahlungsbilanzausgleichs willen nur auf den Partner mit dem geringen Ex- und Importvolumen zu konzentrieren.

### III. Die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen „Integrations“prozesses

Unter kapitalistischen Bedingungen vollzieht sich die Internationalisierung des Wirtschaftslebens in Form der sog. „Integration“, d. h. des wirtschaftlichen Zusammenschlusses von Ländern des kapitalistischen Wirtschaftsgebietes in Gestalt **regionaler Wirtschaftsblöcke**. Zunächst ist es notwendig, diesen Prozeß von seiner politischen und ökonomischen Ursache her genau zu differenzieren, um scheinbare Ähnlichkeiten an der Oberfläche und daraus resultierende falsche Schlußfolgerungen zu verhindern.

Unter den Bedingungen der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus haben sich insgesamt drei spezielle Formen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses von Ländern ergeben:

– **Imperialistische Integrationsbestrebungen** als Methode der Neuaufteilung des kapitalistischen Weltmarkts unter den monopolistischen Industrieländern im Zeichen der politischen, ökonomischen und militärischen Aggression gegen andere Staaten, besonders gegenüber den sozialistischen Ländern.

– **Neokolonialistische Integrationsbestrebungen** in Gestalt von Wirtschaftsblöcken zwischen Industriestaaten und ökonomisch schwach entwickelten Ländern, die nur formal das Streben der Entwicklungsländer nach relativer ökonomischer Unabhängigkeit berücksichtigen, in Wirklichkeit die ehemaligen Kolonien und abhängigen Länder durch ökonomischen Druck weiterhin an das imperialistische „Mutterland“ binden (z. B. „Französische Gemeinschaft“ – Frankreich und eine Reihe afrikanischer Staaten –, Mittelamerikanischer Gemeinsamer Markt unter Hegemonie der USA).

– **Antiimperialistische Integrationsbestrebungen**, die der Abwehr von Auswirkungen der Diskriminierung von ökonomisch schwach entwickelten Ländern dienen und zugleich auf die Erhöhung des eigenen Exports gerichtet sind (z. B. Südamerikanische Freihandelszone, Vorschläge für einen gemeinsamen afrikanischen bzw. arabischen Markt).

Entscheidend für unsere Analyse dürften in unserem Zusammenhang die Probleme der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (**EWG**) sein, die sich als eine spezifische Form der imperialistischen Integration der Gegenwart herausgebildet hat. Für ihre Entwicklung sind vor allem folgende Gesichtspunkte maßgebend:

**Erstens** stellt die EWG den Versuch dar, durch zwischenstaatliche Wirtschaftsvereinigung die inneren Widersprüche des modernen Kapitalismus zu mildern und durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes eine bestimmte Erweiterung der eigenen Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Dieser Prozeß resultiert folgerichtig aus der gesamten Wirksamkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Gegenwart: Die zyklisch krisenhafte Entwicklung ist ein objektives Erfordernis des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Schon in der zweiten Etappe der allgemeinen Krise hat sich jedoch gezeigt, daß die Finanzoligarchie versucht, die aufgestauten Widersprüche zwischen Produktion und Markt nicht durch eine zyklische Weltwirtschaftskrise (wie z. B. 1929 bis 1932) lösen zu lassen, sondern auf andere „Ventile“ auszuweichen. Militarisierung der Volkswirtschaften, Schaffung eines besonderen staatsmonopolistischen Rüstungsmarktes und schließlich imperialistische Kriege stellten solche „Auswege“ aus der Verschärfung der inneren Widersprüche des modernen Kapitalismus und damit Methoden der „Dämpfung“ der zyklischen Krisen dar.

Der bestimmende Einfluß der Ideen des Friedens und des Sozialismus auf die Entwicklung des kapitalistischen Wirt-

schaftsgebietes in der Gegenwart — das Hauptmerkmal der neuen, dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus — verändert in bestimmter Weise die Formen und Methoden der imperialistischen Wirtschaftspolitik: da Militarisation und Kriege dank der klugen und besonnenen Politik der Sowjetunion und der anderen antiimperialistischen Staaten als Mittel der gewaltsamen Lösung von ökonomischen Widersprüchen immer mehr an Wirkungsradius verlieren — ohne daß dabei die ökonomische Wurzel solcher Erscheinungen selbst beseitigt wird —, sind die Monopole gezwungen, mittels eines breiten und auch differenzierten Systems staatsmonopolistischer Eingriffe in den Wirtschaftsprozess zyklisch-akute auf ständige (chronische) bzw. länger dauernde (zyklisch-temporäre) Krisenerscheinungen zu „verlagern“. Diesem Ziel dient neben der Schaffung staatsmonopolistischer Märkte (z. B. Agrarmarkt, Rohstoffmarkt) auch die Bildung regionaler Wirtschaftsböcke, um den eigenen Absatzmarkt zu Lasten der „Drittländer“, d. h. der außerhalb der „Integration“ stehenden Staaten, zu erweitern.

**Zweitens** stellt die wachsende ökonomische Überlegenheit des Weltsozialismus — nicht zuletzt durch die zunehmende Effektivität der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Gemeinschaft der sozialistischen Länder — eine weitere wesentliche Ursache für das Bestreben dar, die inneren Widersprüche des modernen Kapitalismus **zeitweise** zugunsten der Bildung einer geschlossenen Front im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus in den Hintergrund zu stellen. Dieses zeitweilige Zusammengehen imperialistischer Industriestaaten schließt die gleichzeitige Tendenz nach „**Desintegration**“, d. h. nach Auflösung des Wirtschaftsblocks, ein. Allerdings muß dabei beachtet werden, daß ein solcher Prozeß nicht nur langfristig, sondern auch sehr kompliziert und über mehrere Zwischenstufen hinweg in spezifischen Formen verläuft. Der Sozialismus beeinflusst diese Entwicklung, die in **ständigen Konflikten zwischen der begrenzten Internationalisierung im Wirtschaftsblock und den nationalen Wirtschaften erfolgt**, zwar nicht primär, aber doch tempo- und gradmäßig.

Aus diesen besonderen Ursachen heraus beruht die imperialistische Integration in Gestalt der EWG auf politischen und ökonomischen Grundlagen, die von vornherein Widersprüche und Desintegrationsbestrebungen zur Folge haben. Im Gegensatz zum sich herausbildenden einheitlichen Wirtschaftsorganismus der sozialistischen Staaten umfaßt zwar die EWG nur (imperialistische) Industriestaaten, die jedoch — bei übereinstimmenden Produktionsverhältnissen — unterschiedliche politische und wirtschaftliche **Interessen** vertreten. Diese

laufen im Prinzip auf das Streben nach Weltmacht und Vormachtstellung hinaus und sind in vielfältiger Weise mit militärpolitischen Erwägungen verflochten. Die unterschiedliche Interessenlage der EWG-Mitgliedsländer bedingt gleichzeitig ein **widersprüchliches Verhältnis zwischen EWG- und Binnenmarkt**. In diesem Zusammenhang stellen die Versuche, durch die EWG und die „Integrations“politik die nationale Souveränität zugunsten supranationaler Organisationen einzuschränken, nur den Deckmantel für das Vormachtstreben des einen oder anderen EWG-Mitgliedslandes dar. Die Montan-Union als eine der Vorstufen der EWG auf dem Gebiet des Stahlmarktes liefert genügend Beispiele dafür, wie Entscheidungen der „Hohen Behörde“ schließlich nur von den engen Konkurrenzabsichten z. B. der französischen gegenüber den westdeutschen Stahlmonopolen diktiert waren.

Die Widersprüchlichkeit zwischen monopolistischer „Integration“ und Entwicklung der nationalen Märkte — als Teilproblem der Gegensätze bei der „Integration“ überhaupt — tritt in der Gegenwart vor allem unter folgenden Aspekten auf:

1. Obwohl als Aufgaben der EWG eine „schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten, eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens sowie eine beständige und ausgewogene Wirtschaftserweiterung“ (Artikel 2 des EWG-Vertrages) genannt werden, stellt die EWG primär eine Zoll-Union dar. Das geht deutlich aus den Maßnahmen zur „Integration“ hervor: Abbau der Zölle zwischen den Mitgliedsländern, gemeinsamer Zolltarif gegenüber Drittländern, gemeinsame Handelspolitik **gegenüber** Drittländern, Koordination der Wirtschaftspolitik, Liberalisierung des Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, „Schutz vor Verfälschungen des Wettbewerbs“. Entscheidendes Instrument zur Bildung dieses regionalen Marktes ist also die Zollpolitik: Innerhalb des Marktes soll sich ein Preisniveau ohne Zollbelastungen herausbilden, von dem dann die Wirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Waren und damit auf die Wirtschaftsstruktur ausgehen sollen.

Daraus geht zunächst hervor, daß durch einen langwierigen Prozeß der „Anpassung“ der jeweiligen nationalen Zweige an die Bedingungen des neuen Preispegels die Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten von **außen** hergestellt werden, d. h. von der Zirkulationssphäre her, **ohne** vorherige Abstimmung auf dem Gebiet der Produktion und in der Regel — sofern keine internationalen Monopolbildungen vorliegen — zufällig und **spontan**, ohne daß also die jeweiligen nationalen Bedingungen immer beachtet werden. Das führt dazu, daß in-

folge der historisch entstandenen Struktur der Wirtschaft der „Sechser-Gemeinschaft“ bei einer Fülle von gleichartigen Produkten (Maschinenbau, Textilien, PKW, Elektrotechnik) ein Zusammenprall im Konkurrenzkampf auf dem „vereinigten Markt“ unvermeidlich ist, der „Schutzmaßnahmen“ (z. B. Subventionen, Steuererleichterungen usw.) in versteckter Form bedingt und gleichzeitig die Versuche einzelner Staaten fördert, die Führung in der EWG zu übernehmen.

Eine starke Position innerhalb dieses Blocks haben die westdeutschen Monopole inne, die zur Hegemonie auf den Weltmärkten streben. Schon heute ist die Industrieproduktion Westdeutschlands ebenso groß wie die Frankreichs und Italiens zusammengenommen, wobei ihr Übergewicht gegenüber Frankreich sich seit 1957 merklich vergrößert hat. Auf den Anteil Westdeutschlands entfallen 45 Prozent der Industrieproduktion aller Länder des „Gemeinsamen Marktes“, 46 Prozent der Stahlgewinnung, 40 Prozent der Zementproduktion, 42 Prozent der Energieerzeugung und 51 Prozent der Kraftwagenproduktion. Von den 43 größten Trusts Westeuropas sind 22 westdeutsche Trusts, und von den zehn führenden Monopolen haben acht ihren Hauptsitz in Westdeutschland. Die Versuche Westdeutschlands, auf dem „Gemeinsamen Markt“ seine absolute Herrschaft zu errichten, stoßen bei Frankreich und anderen Ländern auf Widerstand. Diese Widersprüche werden durch die politische Rivalität verschärft. Sie zeigt sich u. a. in Meinungsverschiedenheiten und Streitereien über die Formen der politischen Union der EWG-Länder.

Diese Formen und Methoden der Herausbildung eines regionalen Wirtschaftsblocks unter den Bedingungen des Widerspruchs zwischen den einzelnen nationalen Marktbedingungen, des Fehlens jeglicher planmäßiger Produktionsspezialisierung und -kooperation führen auch dazu, daß der Internationalisierungsprozeß nicht komplex alle Bereiche umfaßt, sondern einige bewußt ausklammert. Ein deutliches Beispiel dafür ist die Währungspolitik und der Vorschlag für eine EWG-Währungsunion. Bestimmte imperialistische Kreise gehen davon aus, daß nach Wegfall der Zölle und bei einer „Harmonisierung“ des Steuersystems Valutakursveränderungen solche Verzerrungen der gegenwärtigen Konkurrenzbedingungen hervorrufen, die schließlich den „Gemeinsamen Markt“ in Frage stellen würden. Zu den geplanten Maßnahmen gehören die Einrichtung eines Konsultationsverfahrens über die Anwendung währungspolitischer Instrumente, feste Kursrelationen zwischen den EWG-Ländern, die Bildung eines Währungsreserve-Pools usw. Vor allem die westdeutschen Bankmonopole, an ihrer Spitze Abs und Blessing, lehnten diesen Vor-

schlag als zu weitgehend ab, da die Währungspolitik ein „Reservat nationaler Souveränität“, eine „nationale Intimsphäre“ sei.

2. Für die EWG und die monopolistische „Integration“ überhaupt ist es typisch, daß sich nur Länder mit möglichst ange-nähertem Niveau der Produktivität, d. h. vor allem moderne Industriestaaten mit ungefähr gleichen Ausgangspositionen im Konkurrenzkampf, zusammengeschlossen haben. Das bedingt eine Reihe spezifischer Formen des Verhältnisses zwischen EWG- und Binnenmarkt.

#### Wichtige Entwicklungsdaten der EWG-Staaten 1958–1963

1958 = 100	Industrie- produktion	Natio- nalein- kom. <sup>1)</sup>	Konsum- güter preise	Geld- umlauf	Devisen- reserven
Westdeutschland	142*)	150	112	157	135
Frankreich	129	131	124	198	490
Italien	169	145	117	205	160
Niederlande	135*)	130	113	141	150
Belgien	137*)	118	106	133	140
Luxemburg	119*)	118	105	133	140

Quelle: IWF, International Financial Statistics, April 1964, UN, Monthly Bulletin of Statistics, März 1964

\*) nur III. Quartal 1963

<sup>1)</sup> nur 1962

Aus den wichtigsten Entwicklungsziffern der EWG-Staaten wird sichtbar, daß zwar im Bereich der Produktion und des Nationaleinkommens bestimmte übereinstimmende Tendenzen bestehen, die jedoch durch die inflationistische Entwicklung (Verhältnis Geldumlauf–Industrieproduktion als grober Anhaltspunkt) in das Gegenteil gekehrt werden. Gegenwärtig drücken sich also die schroffen Widersprüche zwischen EWG- und Binnenmarkt gerade in einer wachsenden **Entwertung der nationalen Währungen** aus, die ihrerseits den durch die Zollunion mit Abschaffung der Binnenzölle und gemeinsamem Außenzoll erreichten Effekt auf die Vereinheitlichung der Preise wiederum kompensiert, ja sogar überkompensiert. Der EWG-Markt ist damit ernsthaften Störungen ausgesetzt, die von den nationalen Märkten ausgehen.

3. Für die monopolistische „Integration“ ist ferner typisch, daß die Tendenz zur Internationalisierung gerade zugunsten der Monopole in der Industrie ausgenutzt wird, während die Verschärfung des Konkurrenzkampfes sog. „unproduktive“ Betriebe (d. h. Betriebe in den nichtmonopolisierten Bereichen,

wie kleine und mittlere kapitalistische Produzenten) weitestgehend ausschaltet. Die „EWG-Agrarmarktordnung“ ist ein deutlicher Beweis dafür, wie ganze nationale Zweige durch die „Integration“ benachteiligt und sogar in ihrer Existenz bedroht werden.

Die „Gemeinsame Agrarpolitik“ der EWG geht davon aus, den Zollschutz für die nationale Landwirtschaft durch ein kompliziertes System von „Abschöpfungen“ zu ersetzen und gleichzeitig Importe aus „Drittländern“ nur bei mangelnder Eigenproduktion zu ermöglichen. Das führt nicht nur zur Schädigung der eigenen Landwirtschaft, sofern durch den „Gemeinsamen Agrarmarkt“ bisher ferngehaltene Agrarprodukte der anderen EWG-Staaten den eigenen Markt überschwemmen, sondern auch zur Verteuerung der Einfuhren, indem nämlich die bisherigen Niedrigzoll-Länder infolge der Angleichung der Außenzölle bei Importen aus Drittländern höhere Preise bezahlen müssen. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Angleichung der Außenzölle für Frankreich und Italien in der Regel eine Zollsenkung, für Westdeutschland und die übrigen Staaten der EWG dagegen eine Zollerhöhung bedeutet.

4. Die Bildung regionaler imperialistischer Wirtschaftsböcke ist auf das engste mit der **Diskriminierung** der außerhalb der „Integration“ stehenden Länder verbunden. Während die Gemeinschaft der sozialistischen Länder alles unternimmt, um die wirtschaftliche Einheit im sozialistischen Lager zu festigen und gleichzeitig die außenwirtschaftlichen Beziehungen zu den nichtsozialistischen Ländern auszubauen, ist die Politik der imperialistischen Integration auf die Spaltung des internationalen Marktes gerichtet, indem eine Verlagerung des Handels in die Zollunion hinein erfolgt: die Preise der EWG-Länder liegen zwar z. B. **über** den Weltmarkt- und anderen internationalen Preisen, jedoch **unter** den durch Zölle erhöhten Preisen. Diese Diskriminierung hat eine Fülle von Widersprüchen und Konflikten zur Folge:

a) Durch die Einführung eines einheitlichen Außenzolls in den Ländern des Gemeinsamen Marktes sowie durch den Abbau der Binnenzölle haben sich die Bedingungen für den Export vieler **a m e r i k a n i s c h e r** Waren nach Westeuropa verschlechtert. So hat sich der Anteil der USA an den EWG-Importen von Ölen und Fetten zwischen 1959 und 1962 von 25 auf 12 Prozent vermindert. Ein Symptom für das gespannte Verhältnis zwischen den USA und der EWG ist der „Hähnchenkrieg“, dem nun ein „Reiskrieg“ zu folgen scheint.

Man muß ferner beachten, daß der Anteil der USA an der Industrieproduktion, am internationalen Handel und an den

Goldreserven der kapitalistischen Welt stark gesunken ist und weiterhin sinkt. Nachdem der Beitritt Großbritanniens und einer Reihe anderer Länder zum „Gemeinsamen Markt“ wahrscheinlich wurde, begann sich — erstmals in den Nachkriegsjahren — die Möglichkeit der Schaffung eines westeuropäischen imperialistischen „Kraftzentrums“ abzuzeichnen, das — seinen Menschen- und Materialressourcen, dem Umfang der Industrieproduktion und des Außenhandels nach — den Vereinigten Staaten nahekam. Gleichzeitig begannen Westdeutschland, Frankreich und in gewissem Maße auch Italien, Ansprüche auf eine größere Rolle bei der Ausarbeitung der „globalen“ Politik der NATO zu erheben. Frankreich und Westdeutschland streben offen nach dem Besitz einer eigenen „strategischen Kernwaffe“.

Die Vereinigten Staaten stellen sich das Ziel, das militärisch-politische Bündnis des Westens unter ihrer Ägide zu festigen. Die amerikanischen Imperialisten betrachten die europäische „Integration“ als eine militärisch-politische Bastion gegen den Weltsozialismus und die nationalen Befreiungsrevolutionen und versuchen, von den eigenen strategischen Aufgaben ausgehend, die Spaltung Westeuropas zu überwinden. Zu diesem Zweck drängen sie Großbritannien und eine Reihe anderer westeuropäischer Länder zum Anschluß an den Gemeinsamen Markt und führen einen Komplex militärisch-politischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Maßnahmen durch. Sie sind bestrebt, die zentrifugalen Tendenzen im Nordatlantikblock zu unterdrücken und die „gegenseitige Bürgschaft“ seiner Partner zu verstärken, wozu insbesondere die Umwandlung der NATO in die „vierte Atommacht“ forciert wird.

Gleichzeitig versuchen die herrschenden Kreise der USA, sich in gewisser Form auch ökonomisch dem „Gemeinsamen Markt“ anzunähern. Der erste Schritt in dieser Richtung ist das im USA-Kongreß beschlossene Gesetz, das den Präsidenten ermächtigt, die Einfuhrzölle für Waren, die Westeuropa an die Vereinigten Staaten verkauft, im Austausch gegen entsprechende Zugeständnisse der EWG-Länder zu senken oder völlig aufzuheben („Trade Expansion Act“). Auf diese Weise will die USA-Regierung den amerikanischen Monopolen leichteren Zutritt zu den Märkten der westeuropäischen Länder und ihrer ehemaligen Kolonien verschaffen.

b) Mit Hilfe der „Integration“ streben die Monopole danach, ihre Anstrengungen zu vereinen, um unter Anwendung modernisierter Methoden eine **k o l l e k t i v e A u s b e u t u n g** der schwach entwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu organisieren.

Einige schwach entwickelte Länder stehen jetzt vor der Entscheidung, ob sie dem „Gemeinsamen Markt“ beitreten sollen oder nicht. Besonders akut ist diese Frage für die ehemaligen afrikanischen Kolonien Frankreichs und Großbritanniens, deren Wirtschaft von ihren früheren Metropolen stark abhängig ist.

Den schwach entwickelten Ländern, die sich für einen Anschluß an den „Gemeinsamen Markt“ entscheiden sollten, wird durch den Vertrag von Rom eine untergeordnete Stellung zugewiesen. Es ist vorgesehen, daß sie nicht als vollberechtigte, sondern als sogenannte „assoziierte“ Mitglieder aufgenommen werden sollen. Ihnen wird das Recht eingeräumt, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse zollfrei nach den Ländern des „Gemeinsamen Marktes“ auszuführen. Da der Außenhandel der schwach entwickelten Länder von den Monopolen der imperialistischen Staaten kontrolliert wird, trägt diese Maßnahme noch mehr dazu bei, die Einseitigkeit der nicht selten auf Monokultur basierenden Wirtschaft der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien zu konservieren. Gleichzeitig stößt die Entwicklung der Industrie in den „assoziierten“ Ländern auf ernste Hindernisse, da der Import von Fertigerzeugnissen aus den Ländern des „Gemeinsamen Marktes“ die Möglichkeit des Wachstums der **einheimischen** Industrie, die des Zollschatzes beraubt ist, untergräbt.

Als Beispiel für die Diskriminierung seien hier die lateinamerikanischen Länder angeführt; in Argentinien werden 16,5 Prozent der Agrarexporte durch die EWG-Marktordnungen gefährdet (Fleisch, Getreide). Das Assoziierungsabkommen beeinträchtigt in Brasilien 9,5, in den mittelamerikanischen Staaten 21,3, in Kolumbien 18,2 und in Ecuador 32,3 Prozent der Agrarexporte.

c) Schließlich unterwirft die EWG den Handel mit den sozialistischen Ländern Bedingungen, die noch stärker diskriminierenden Charakter tragen als die EWG-Bestimmungen für den Handel mit den kapitalistischen Drittländern. Die Einfuhr derjenigen Agrarerzeugnisse aus sozialistischen Ländern, die den EWG-Marktordnungen unterliegen, wird mengenmäßig kontingentiert. Entsprechend einem westdeutschen Vorschlag wurde festgelegt, daß die Agrareinfuhren aus den sozialistischen Ländern die Importe der Jahre 1960 und 1961 um nicht mehr als 20 Prozent überschreiten dürfen.

Es gibt Bestrebungen, auch die Einfuhren von Erdöl künftig zu beschränken. Nach den Vorstellungen der EWG-Kommission soll die Öleinfuhr aus sozialistischen Ländern einen Anteil von 10 Prozent an der gesamten EWG-Einfuhr nicht überschreiten.

Würde eine solche Begrenzung auch für die einzelnen Länder verbindlich sein, müßte Italien, das 16,5 Prozent seines Erdöls aus sozialistischen Ländern bezieht, seine Einfuhren erheblich drosseln. Da das sowjetische Erdöl um ein Drittel billiger ist als das von den internationalen Monopolen angebotene, würde Italien eines wichtigen Konkurrenzvorteils verlustig gehen.

Der Beschluß des EWG-Ministerrates, ab 1. Januar 1970 allen dritten Ländern gegenüber eine einheitliche Handelspolitik zu betreiben, erhält im Verkehr mit den sozialistischen Ländern eine betont politische Note: Von der Behinderung des Osthandels bis zum Versuch, ihn als politisches Druckmittel auszunutzen, ist es nicht weit. Noch immer spielt in führenden imperialistischen Kreisen die Illusion eine Rolle, über den Handel auf die Entwicklung der sozialistischen Länder Einfluß gewinnen zu können.

\*

Es ergibt sich, daß in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts die schnelle Entwicklung der **Produktivkräfte** auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Internationalisierung des Wirtschaftslebens forciert, jedoch die **Produktionsverhältnisse** diesen Prozeß außerordentlich unterschiedlich gestalten.

Die objektiven Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, die rasche Entwicklung der Produktivkräfte des Sozialismus, die Gemeinsamkeit der Lebensinteressen der Völker der sozialistischen Länder bedingen und ermöglichen eine immer stärkere Annäherung zwischen den einzelnen nationalen Wirtschaften.

Die monopolistische „Integration“ dagegen bedeutet den Versuch der imperialistischen Mächte, sich ökonomisch gegen die Länder des Sozialismus abzuschirmen. So werden die geschlossenen Handelsblocks zum Instrument im Wirtschaftskrieg des Imperialismus gegen den Sozialismus.

Diese Politik entbehrt jeglicher Grundlage und Perspektive, denn sie widerspricht den objektiven Gesetzmäßigkeiten der weltweiten ökonomischen Beziehungen.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913

- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus

Verkaufspreis 0,50 DM – Doppelheft 1,- DM